

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1927 bei täglichem Abnahme, jede Ausgabe 1.00 M und Postgebühren in Höhe von 1.00 M; vierteljährlich 3.00 M; halbjährlich 5.00 M; jährlich 10.00 M; im Voraus zu zahlen.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßgabe der in der Beilage zum 1. Januar 1927 veröffentlichten Preiskarte abgerechnet. Die Anzeigen werden nach Maßgabe der in der Beilage zum 1. Januar 1927 veröffentlichten Preiskarte abgerechnet.

Druckerei: Nachrichten Dresden.
 Nummer der Zusammenfassung 26 241
 Nur für Abonnenten 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsführer:
 Maxime von Berta
 Druck u. Verlag von Maxime von Berta in Dresden.
 Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Foch braucht die Rheinlandbesetzung.

„Bis die französische Armee völlig neu organisiert ist.“

Ein Wahlblock aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten? — Englisch-chinesische Zusammenstöße in Hankau.

Foch warnt vor der Politik Briands.

Paris, 5. Jan. „Echo de Paris“ schreibt in einem Artikel über die bedrohliche Sicherheit, daß noch unklar ist in der Sitzung des Obersten Rates vom 2. Dezember unter Vorsitz des Präsidenten der Republik Marschall Foch in einer eindringlich mahnenden Ansprache auf die ersten Folgen der Räumungspolitik hingewiesen habe. Die Auffassung der maßgebenden militärischen Kreise ginge einmütig dahin, daß die Aufhebung der rheinischen Okkupation dem militärischen System Frankreichs im Falle eines neuen Krieges einen tödlichen Schlag verleihe würde. Die Fortdauer der Besetzung habe andererseits für Frankreich den Vorteil, daß der deutsche Generalstab bei der industriellen Mobilisierung der überaus wertvollen Mitwirkung der chemischen Fabriken werde entzogen werden müssen.

Die Metallwerke Köln, Düsseldorf und des rheinisch-westfälischen Beckens würden dem Anmarsch der französischen Kampfschwärme wehrlos angedacht sein.

Es werde eine Formel gefunden werden müssen, die es ermöglichte Frankreich ein Aufklärungsrecht über die Rheinlande zu geben. Deutschland werde sich nie in einen neuen Krieg einlassen, wenn es wisse, daß einer der reichsten Teile seines Landes sofort der Verwüstung anheimfallen würde. Die rheinische Besetzung müsse auf jeden Fall so lange dauern, bis die französische Armee völlig neu organisiert sei. Darunter sei nicht nur die Errichtung neuer Festungswerke an der Nord- und Nordostgrenze zu verstehen, sondern auch der Bau eines in die Tiefe gerichteten Festungswalles. Das erfordere mehrere Jahre Arbeit und die Bewilligung zahlreicher Milliarden. Die in Genf erwogene Lösung, die Einrichtung der „éléments stables“, werde von den militärischen Sachverständigen als unpraktisch und ungenügend angesehen, es sei denn, daß die Kontroll-Verhältnisse ein leichtverständliches Personal zur Seite gestellt erhielten, das im Falle einer Neuorganisation Deutschlands sofort die Rheinbrücken und die wichtigsten Knotenpunkte in die Hand nehmen würde.

Wie weiter bekannt wird, hat Poincaré vor Einbringung des Militärgesetzes in der Kammer in einer Sitzung des obersten französischen Rates eine Frage ob gegenwärtig Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlandräumung im Gange seien mit einem Zitat nach Foch beantwortet, daß „keines Willens“ solche Verhandlungen nicht eingeleitet seien. Dann erluchte Poincaré die Generalschloßler, die Arbeiten zur Neuorganisation der Armee, die fort bleiben müsse, so rasch als möglich zu Ende zu führen. (Z.)

Berthelot ein treuer Gehilfe Briands!

Genf, 4. Jan. Der Generalsekretär am Quai d'Orléans, Philipp Berthelot, veröffentlicht im „Journal de Genève“ einen Brief, in dem er sich mit der Frage einer Krise in Frankreich beschäftigt und u. a. mit allem Nachdruck feststellt, daß die Behauptungen, es hätte zwischen ihm und Briand Zwistigkeiten gegeben, vollständig unrichtig seien. Es sei Briand bei der Durchführung seiner Politik in enger Liebereinstimmung mit England und einer Annäherung an Deutschland, die allein den Frieden Europas sichern könne, stets ein treuer Gehilfe gewesen und bleibe es auch.

Clemenceau schwelgt lieber.

Paris, 4. Jan. „Echo de Paris“ stellt eine Umfrage an über eine frühere Räumung des Rheinlandes. Heute wird ein Schreiben Clemenceaus veröffentlicht, der sein Bedauern äußert dem Wunsch des Blattes, sich zu dieser Frage zu äußern, nicht nachkommen zu können. „Ich komme aus der Zeit“, so schreibt er, „in der die Journalisten dem Publikum ihre Ansichten vorzutragen anstatt das Publikum darüber zu befragen. Wenn ich übrigens unter den tragischen Umständen, die wir durchleben glauben würde, etwas Nützliches sagen zu können, so würde ich nicht warten, dazu aufgefordert zu werden. Schließlich lege ich auch weniger Wert auf das, was die Menschen sagen, als auf das, was sie tun.“

Millerands Kandidatur für die Senatswahl.

Paris, 4. Januar. 78 Gruppenvorsitzende der von Millerand gegründeten national-republikanischen Liga des Seine-Departements haben einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der sie ihre Anhänger auffordern, bei den Senatswahlen am 9. Januar für Millerand zu stimmen.

Neue Kämpfe in Syrien.

Paris, 4. Januar. Wie aus Beirut gemeldet wird, ist eine harte Abteilung drussischer Freiheitskämpfer unter Ali Atreia von französischer Kavallerie angegriffen worden. Die Drusen wurden geschlagen und ließen etwa 20 tote und 100 Pferde auf dem Kampfplatz zurück. Die Franzosen machten zahlreiche Gefangene und große Beute. (Z.)

Wieder ein Opfer der Fremdenlegion.

Seide (Hofstein), 5. Jan. Der Schlosser Schwedder aus Bademarischen teilte aus Seide (Hofstein) mit, er sei Werbend für die französische Fremdenlegion in die Hände gefallen. Der Brief erreichte den Heimatort einen Tag nach dem Tode der Mutter des Unglücklichen.

Mussolini und die Junggesellen.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, den 3. Januar.
 Schon als Mussolini zur Macht gelangte, wiesen Kundige auf das Spiel des Augustus, der den Senat weiterbestehen ließ und sich mit der aristokratischen Macht begnügte; jetzt wiederholt sich der Fall bei der Steuer für die Junggesellen, die ebenfalls schon dem ersten römischen Prinzipal zweckmäßig erschienen war. Ein kurzes Dekret — es trägt die Unterschrift des Königs, aber kein Parlament und keine Kommission hat darüber beraten — besagt: „Am 1. Januar 1927 wird von den unverheirateten Männern von vollendetem 25. bis zum vollendeten 65. Jahre eine persönliche progressive Abgabe erhoben.“ Die Presse ließ sich nur noch eine offizielle Land das, wie nicht anders zu erwarten, ganz in der Ordnung; um so mehr gab es Diskussionen und Späße in den Cafés, den Barbierstuben und den heimischen vier Wänden, nicht bloßartig, denn die niedrigste Stufe der Steuer beträgt 20 Lire (4 Mark) im Jahr und ihr Erlass soll den Hindernissen zugute kommen. Dagegen läßt sich kaum etwas sagen. Eine heitere Sensation ließ indessen einen Augenblick das Fehlen der Witwen vermissen, brachte da am Morgen des 28. Dezember der „Popolo di Roma“, das parteipolitische Organ des römischen Volks, den angeblichen Wortlaut der Rede, die Mussolini im Ministerrat das neue Dekret begründet habe; schon freute man sich munterlich des einmütigen Stills, in dem der Duce hier die Geschiedenen zu dären Reden am Baum der Menschheit, ja, gar zu „Beträgern am Staat“, hervorrief, als auch schon die Witwenblätter mit einer amtlichen Erklärung kamen, wonach die Rede eine reine Erfindung und ihre Verbreitung sofort zu untersuchen sei. Dies geschah nicht nur dem „Popolo di Roma“, sondern auch dem „Corriere della Sera“ und dem „Secolo“ in Mailand, dem allen durchaus ernsthaften Blättern; es stellte sich sogar heraus, daß die famose Rede bereits nach Afrika gefahret und dort mit gebührendem Halls verbreitet werden war, wofür sich der ehrgeizige, aber wegen seiner Invergenstaur oft verurteilte laibliche Abgeordnete Amicucci in den Blättern fierlich entschuldigen mußte.

Aber es half nicht viel; die „angebliche Rede“, die „dauerhafte Rede“ ging überall um und wurde für durchaus echt gehalten; man freute sich an den Krassheiten: „Wenn ich bedenke, daß Italien mehr als eine Million junger Männer zwischen 25 und 35 hat, die heiraten könnten und es nicht tun, dann muß ich eben handeln. Ich will, daß diese Gefahr sofort verschwindet; diesen unparlamentarischen, egoistischen Dogmatikern geben wir als Ersatz diese Steuern, bis sie lernen, daß Heiraten das Billigere ist! ... Der Junggeselle hat sein Leben lang enorme Vorteile vom Staat und gibt ihm nichts dafür, ja, mit einem gewissen Alter wird er der Nation direkt eine Last; von jetzt an wird er gefragt, sobald er für seine Altersschwäche Hilfe fordert: „Was hast du für den Staat getan?“ Was der Mensch mit dem Kopf und den Armen für das Vaterland tut, wiegt nicht die empfangenen Vorteile auf, wenn er nicht wenigstens zwei gesunde Bürger hinterlassen kann. Die Junggesellen sind die dünnen Rehe am Baum der Menschheit; wenn ich könnte, ich schneide sie ab! Die Familie ist die Grundlage des Staates und der Staat ist nichts als eine Vielheit von Familien; wer die Familie bestreift, indem er nichts für sie tut, der ist auch ein Verräter am Staat.“

Wer durch die Gassen der Städte und Städtchen Italiens wandert, zumal durch die des einischen Volkes, der wird das Wort des Duce nur bestätigt finden; aber Rindermangel ist wahrhaftig nicht zu flagen. Eine gesunde Naturfrömmigkeit, unterstützt von dem milden Klima, trägt indes Volk über die Sorge, was aus dieser Hebervölkerung werden soll, hinweg. Das alles hat nichts mit „Rebenvelt“ zu tun; im Gegenteil, Nachtleben und Betrieb in unserem Sinne sind durchaus unbekannt, und was z. B. die Presse hier von der Berliner Ceja h r s n a c h t berichtet, erdicht dem italienischen Veler wie ein Film aus Sodom und Gomorra. Rom hat drei ganze Parteien, deren Aufmachung wahrscheinlich kaum den Ansprüchen von Javidan und Venedig genügen würde; als höchstens in dem einen, dem „Avello“, ein Vahnenband drei arme Tanzmädchen in ihren Garderoben erdiken ließ und die Besucher des anstehenden Ballsaales in der ersten Vanik sich etwas brutal den Weg ins Freie erboxten, kam die sozialistische Presse fast rechtlos zu dem Ergebnis, die Radikale seien überhaupt abzuschaffen, und tatsächlich wurde loben die Polizeifunde verflücht und das Tanzen dort überhaupt verboten (dafür blüht es weiter in den Hotels und den Tanzsalons). Man muß zugeben, daß Mussolini selbst ein gutes Beispiel abt; er hat Frau und Kinder zu Wohnstätten einmal nach Rom kommen lassen, damit ihm keine nachzöge, er selbst kümmerte sich nicht um eine Familienrandfrage. Nach dem Feiertagen schickt er sie freilich wieder nach Mailand, wo Donna Rachele eine durchaus bürgerliche Eigenwohnung mit den beiden Söhnen teilt, während sein Bedding, die 10jährige Eda, noch das Institut Poggio Imperiale in Florenz besucht. Für keinen Akt, der seine Feinde kennt, wäre die Familie nur eine Ablenkung, und mancher, den die neue Steuer ins Gesicht würgt, wird wohl auf Mittel sinnen, wie er ebenfalls zwischen seinen Pflichten als Bürger und seiner Unabhängigkeit zu einem Kompromiß gelangt.

Namen für das kommende Kabinett.

Curtius als aussichtsreichster Kandidat.

Berlin, 5. Jan. Bei Beginn der offiziellen Neuanordnungsverhandlungen am 10. Januar wird voraussichtlich nach den Regeln des parlamentarischen Systems der Reichspräsident sich zunächst an diejenigen Parteien wenden, die den Zuzug des bisherigen Kabinetts herbeigeführt haben. Er wird zunächst den Reichstagspräsidenten Löbe und den sozialdemokratischen Abg. Hermann Müller, sowie dann den deutschnationalen Abg. Grafen Westarp empfangen. Diese Unterrednungen werden voraussichtlich ergebnislos verlaufen. Alsdann würde eine Kandidatur des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius in Frage kommen. Dr. Curtius weißt zurück in Wiesbaden und wird erst am 9. d. M. hierher zurückkehren. Falls er den Auftrag zur Bildung des Kabinetts erhält, wird er zunächst versuchen, ein Kabinett auf der Grundlage einer gesamtdeutschen Koalition zu bilden. Neben die Bemühungen nach dieser Richtung hin erfolglos, so würde er wohl versuchen, die bisherige Koalition der Mitte wieder heraufzufen, um hierauf die Grundlage ein Kabinett zu bilden, das dann die sofortige Entscheidung des Reichstages herbeiführen haben würde.

Es ist drohlich, die Drehungen und Bindungen an sehen, mit denen sich das linke Zentrum und die Demokraten einer Koalition mit der Rechten zu entziehen suchen. Es ist davon die Rede, daß das Kabinett einen großen Teil der bisherigen Minister umfassen würde. An Stelle Dr. Geklers als Reichswirtschaftsminister denkt man an General Groener. Für das Innenministerium dürften die Demokraten ihren Fraktionsführer Koch präsentieren. Es wird auch davon gesprochen, Dr. Wirth zum Finanzminister zu machen, was in mittelportellischen Kreisen allerdings auf lebhaften Widerspruch stößen würde. Auch ist davon die Rede, daß der bisherige Reichsjustizminister und Minister der besetzten Gebiete Bell letztlich das letztere Ministerium behält und das Justizministerium an den letzten Reichskanzler Marx abgeben werde.

Eine Anlehnung der Mitte an die Linke würde zur Voraussetzung eine Verhandlung der Deutschen Volkspartei mit den Sozialdemokraten über die Arbeitsfrage haben. Wahlreform und Schulwesen müssen dann wahrscheinlich überhaupt vertagt werden. Für den Fall, daß das Zustandekommen

eines Kabinetts Curtius scheitern sollte, werden wieder die Namen Marx und Siegelwald genannt.

In Kreisen der Regierungsparteien ist davon die Rede, daß, wenn, was sehr wahrscheinlich ist, ein Kabinett der Großen Koalition nicht zustande komme, ein neues Kabinett der Mitte gebildet werden soll mit der Aufgabe, nach der ersten parlamentarischen Niederlage den Reichstag anzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Wahlpapare solle sein: Schutz der Verfassung und Fortführung der bisherigen Außenpolitik. Es wird die Bildung eines Wahlblocks der Mitte empfohlen. Zentrum, Demokraten und Volkspartei sollen sich gegenfeitig Wahlhilfe gewähren, um aus den Wahlen als stärkster Block hervorzugehen, der dann die Kabinettsbildung für sich beanspruchen könnte.

Dr. Luther über seine Amerika-Reise.

Genf, 5. Jan. Am Dienstagabend sprach Reichskanzler a. D. Dr. Luther auf einer Veranstaltung des Vaterländischen Frauenvereins in Genf über die Eindrücke während seiner Südamerikareise. Die große Zuhörerschaft, unter der man neben Herrn Krupp von Bohlen und Dalwigk zahlreiche führende Industrielle des Ruhrgebietes und den Oberbürgermeister Dr. Bracht bemerkte, bereitete Dr. Luther einen überaus herzlichen Empfang.

Dr. Luther schilderte zunächst die klimatischen und geographischen Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten und betonte deren außerordentliche Natur Schönheit. Der Redner ging dann kurz auf die Frage des Vorkriegs und Bevölkerung der einzelnen Länder und ihren großen natürlichen Reichtum ein. Er wies darauf hin, daß die südamerikanischen Staaten ihre An siedlungs politik in der nächsten Zeit stark ausdehnen würden, woraus sich die Notwendigkeit großer Menschenzufuhren ergebe. Dr. Luther gedachte auch der Schwierigkeiten der deutschen Kulturpioniere in Südamerika, die aber immer, auch während des Krieges, auf die Fortentwicklung des deutschen Weidens bedacht gewesen seien. Er habe auf seiner Reise besonders erkannt, wie notwendig es sei, das Band zwischen den Deutschen mit In- und Ausländern enger zu knüpfen. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß nichts für uns erhabenderer sei, als für eine weitere Verbesserung der internationalen Beziehungen und für ein gemeinsames zweckmäßiges Schaffen der Völker einzutreten.